

Die DVP im April 2022/Inhaltsverzeichnis

Redaktion

Jürgen Vable

Editorial – Über Helden 145

Abhandlungen

E. W. Udo Küppers/Jan-Philipp Küppers

Organisationale Achtsamkeit 147

Das Management einer öffentlichen Verwaltung bzw. Hierarchie ist historisch geprägt durch lineare Arbeitsteilung und Verantwortung. Es entzieht sich grundsätzlich jeder Dynamik unserer belebten und unbelebten Umwelt. Konsequenzen sind mangelhafte Anpassungsfähigkeit, enorme Zeitverzögerung, außerordentliche Kostenverschwendung bis hin zu katastrophalen Auswirkungen für Menschen, ihre Umwelt und Natur. Es wird versucht, dynamische komplexe Probleme mit mentalen Modellen zu lösen, durch die sie entstanden sind. Fehlgeleitete Krisenverwaltung statt vorausschauende fehlertolerante Krisenverbeugung ist der erkennbare Weg.

Die Verfasser stellen dem ihr System organisationaler Achtsamkeit gegenüber, das durch »Systemische Cluster-Strukturen« auf weitsichtige, vernetzte Wertschöpfung statt auf kurzsichtige lineare Kostenschöpfung setzt.

Holger Weidemann

Das Begründungsgebot nach dem
Verwaltungsverfahrensgesetz 156

Das Begründungsgebot weist unterschiedliche verfassungsrechtliche Wurzeln auf. Es stellt ein wesentliches Erfordernis eines rechtsstaatlichen Verfahrens dar und ist damit Ausdruck des Rechtsstaatsprinzips. Weiterhin sind das Demokratieprinzip und das Recht auf effektiven Rechtsschutz zu nennen. Erst die Begründung eröffnet dem Betroffenen die Möglichkeit, effektiven Rechtsschutz nach Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz zu erlangen.

Der Bescheidbegründung kommen unterschiedliche Funktionen zu. Zunächst geht es um die Akzeptanz der Verwaltungsentscheidung. Die betroffenen Beteiligten sollen aus der Begründung heraus erkennen, welche Gründe die Behörde bewogen haben, diese Entscheidung zu treffen. Sie dient ferner der Überprüfung der Betroffenen, um die Erfolgsaussichten eines möglichen Rechtsbehelfs einschätzen zu können. Hält eine tragfähige Begründung den Betroffenen von einem Rechtsbehelf ab, kommt ihr insoweit auch eine Befriedungsfunktion zu. Zudem dient die Begründung der Selbstkontrolle der Behörde aber auch der externen gerichtlichen Kontrolle.

Der Beitrag befasst sich insbesondere mit den Funktionen der Begründung, den inhaltlichen Anforderungen sowie Begründungsfehlern und ihren Folgen. Neben dem Verwaltungsverfahren wird auch auf die Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung gem. § 80 Abs. 3 VwGO eingegangen.

Michael Jesser/Bernd Schröder

Neubesetzung der Leitung eines niedersächsischen
Rechnungsprüfungsamts. 161

In diesem Beitrag geht es um Anforderungsprofil und Qualifikationsmerkmale für die Leitung des Rechnungsprüfungsamts. Eingegangen wird u.a. auch auf die Frage, ob und in welchem Maße die Vertretung und Hauptverwaltungsbeamte bei der Berufung mit-/zusammenwirken.

Ernst-Dieter Bösche

Ohne sie läuft nichts – Beschlussfähigkeit nach der
GO NRW 163

Dieser Beitrag erläutert die Grundlagen der Beschlussfähigkeit des Gemeinderats anhand der Gemeindeordnung NRW. Angesprochen werden u.a. die gesetzliche Mitgliederzahl als Maßstab, die tatsächliche und rechtliche Anwesenheit, die Feststellung der Beschluss(un)fähigkeit sowie der Umgang mit Beschlüssen, die ohne die erforderliche Anzahl Anwesender getroffen wurden.

Kurzinformationen und Splitter

Splitter – Ethische Dilemmata der Exekutive 173

Fallbearbeitungen

Matthias Wiener

Der neue Oberbürgermeister – ohne Haushalt 167

Bei dieser Fallbearbeitung aus der öffentlichen Finanzwirtschaft Sachsen-Anhalt geht es u.a. um das Aufstellungsverfahren der Haushaltssatzung, die vorläufige Haushaltsführung, die mögliche Pflicht zum Erlass eines Haushaltskonsolidierungskonzepts und die Schritte zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung nach dem Beschluss des Stadtrats.

Bernd Reinemann

Nach dem Virus ist vor dem Virus 174

Gegenstand dieser Fallbearbeitung sind das Eilrechtsschutzverfahren vor dem Verwaltungsgericht, die Anforderungen an die Vollmacht des Verfahrensbevollmächtigten im Bußgeldverfahren, die Beteiligung von Pflegeeltern im Sorgerechtsverfahren sowie Fragen der Befangenheit des Richters in diesem Verfahren.

Rechtsprechung

„Spaziergänge“ gegen Corona-Schutzmaßnahmen
(BVerfG, Beschluss vom 31.1.2022 – 1 BvR 208/22) 179

Zum polizeilichen „Racial Profiling“
(OVG Münster, Urteil vom 7.8.2018 – 5 A 294/16) 180

Erkennungsdienstliche Behandlung zur Gefahrenabwehr
(VGH Mannheim, Beschluss vom 5.4.2016 – 1 S 275/16) 183

Forderung einer „mehrjährigen Berufserfahrung“ in Stellenausschreibung
(LAG Kiel, Beschluss vom 1.9.2014 – 1 Sa 215/14) 185

Schrifttum 187

Die Schriftleitung